

10.7.2002

# AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



## BUNDESTAGSWAHL 2002

# Schickt den Stoiber in die Berge - nicht nach Berlin

Franz Josef Strauß, Stoiber's politischer Ziehvater, wollte einst die Republik am Boden sehen, damit die politischen und ökonomischen Zustände nach der Rettung aus den bayrischen Bergen verlangen – nach der Bewegung zur Rettung des Vaterlandes. Stoiber – als Unionsjungspund seinerzeit Einpeitscher und Einheizer der Stammtische gegen Gewerkschafter und Linke, als Arbeiterfeind und Pazifisten-Fresser bestens eingeführt in die Amigokreise um FJS mit März und Moksel, Hendl-Jahn und Bäder-Zwick sowie die zahlreichen Münchner Rüstungsindustriellen – dieser Stoiber schickt sich nun als Saubermann mit weißer Weste, das Herz bei der Verkäuferin von Aldi, den Kopf beim notleidenden Mittelstand, an, gegen die Großkonzerne Politik machen zu wollen. Er verspricht jedem alles und erinnert dabei fatal an jene nationalistischen Kräfte, die schon einmal dem kleinen deutschen Mann ein besseres Leben versprochen, gegen die oberen Zehntausend.

Er erinnert deshalb daran, weil damals wie heute die Konzepte ähnlich sind: Repression nach innen, Spaltung der Arbeiterklasse, Aggression nach außen.

### Repression nach innen

Von den täglich zu beobachtenden Schikanen gegen Obdachlose, Langhaarige und Schwarzhäutige in der Münchner Innenstadt wollen wir hier nicht sprechen. Aber wir wollen uns Anmerkungen zum Verhalten der Union beim Zuwanderungsgesetz (welches in Wirklichkeit ein Einwanderungsbegrenzungsgesetz ist) erlauben, welches nun zu Wahlkampfzwecken vor das Bundesverfassungsgericht gezerrt

Edmund Stoiber wie er leibt und lebt im Kreis der Seinen, den Gebirgsschützen und Militaristen



wird. Es lassen sich halt immer noch Stimmen holen am rechten Rand der Gesellschaft mit einer Politik für eine deutsche Gesellschaft und gegen eine „durchmischte und durchrassete“, wie sich Stoiber schon mal ekelte. Und man will selektieren in Nützliche und Unnützliche. Wer die Selektion vornimmt, ist noch offen: die CSU, der Mittelstand oder doch die Großindustrie. „Das Prinzip der Auslese kommt allen zugute, das Prinzip der Gleichheit drückt das Gesamtniveau ...“, so erklärte

Fortsetzung auf Seite 2

## IG METALL-ABSCHLUSS:

# Fauler Kompromiss

Ein Streik mit angezogener Handbremse und ein Ergebnis unter unseren Möglichkeiten.

**Die 2. Urabstimmung zeigte es: nur 58 Prozent dafür bei geringerer Wahlbeteiligung insgesamt.**

Berthold Huber, der Verhandlungsführer der Metall, wurde in Sindelfingen von den Boshclern mit einem Transparent empfangen: „Tarifergebnis ablehnen!“

Denn die Lohnerhöhungen sind mager.

Fortsetzung auf Seite 3

Renten kürzen - Kündigungsschutz aushebeln: Sozialstaat á la Hundt .... 2

Stadtwerke München: Visionen und Visionäre ..... 4

Gesundheit für alle - nicht nur für Reiche (Serie Gesundheitsreform) ..... 7

Fortsetzung von Seite 1

## Schickt den Stoiber in die Berge - nicht nach Berlin

sich Stoiber schon vor Jahren in seinem Kampfbüchlein „Politik aus Bayern“ – dem Artikel 1 des Grundgesetzes zum Trotz.

Und Stoibers Herz für die Aldi-Verkäuferin schlägt allenfalls zu Wahlkampfzeiten und auch nur, wenn deren Blut ein deutsches ist. Sollte die Verkäuferin aus der Tschechischen Republik kommen, stellt sich die Frage neu.

### Spaltung der Arbeiterklasse

Für die sieht die Sache schon ganz anders aus. Denn im Zweifelsfall ist die Mehrung des Kapitals immer noch ein höheres Gut für die Union, als das Gehalt eines tschechischen, polnischen oder bulgarischen Arbeiters – wie die Mittelstandsfreunde mit ihrem Verhalten bei der Abstimmung zum Tarifreuegesetz bewiesen. Es ist für das Kapital immer gut, den einen

### Stoiber setzt politische Prioritäten

Stoiber, der gerne seine wirtschaftspolitische Kompetenz hervorhebt, setzte letzte Woche eindeutige Prioritäten. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen und parlamentarischen Gepflogenheiten nachzukommen, trat Stoiber nicht im Bundestag zur Aussprache über die Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik auf, sondern lieber auf einer Tagung der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ in einem nahegelegenen Hotel. „Die Leute überbewerten den Bundestag“, so seine Auffassung. Wo er recht hat, hat er recht.

Teil der Arbeiter gegen den anderen Teil der Arbeiter ausspielen zu können. Und nirgendwo geht dies besser als bei der Frage des Lohnes. Also darf es keine Tarifverpflichtung geben – man kann dann einerseits auf die teuren „deutschen“ Arbeiter zeigen und diese zur Mäßigung auffordern, andererseits ist es politisch nützlich, wenn diese gegen ausländische Kollegen „zu Felde ziehen“, um ihre Existenzbedingungen zu erhalten.

Gehen wir mal 23 Jahre in der Geschichte zurück. Damals war Stoiber Generalsekretär der CSU und der Lakai von Strauß. Im Jahr 1979 (46 Jahre nachdem die Faschisten die Gewerkschaften verboten hatten) entwickelte der heutige Kandidat der Union ein 5-Punkte-Programm (damals auch als „Stoiber-Papier“ bekannt geworden) zur Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft. Und heute werden im Bayernkurier immer noch fröhlich Funktionäre des unionsnahen CGB gefeiert – eine Laudatio auf einen DGB-Funktionär sucht man vergeblich, was zwar nicht bedauerlich, aber bezeichnend ist.

### Aggression nach außen

Stoiber war der erste, der nach den letzten Österreich-Wahlen seinen christlichen Bruder Schüssel bedrängte, doch eine Koalition mit dem Rechtsaußen der österreichischen Politik, Haider, zu schmieden. Vermeiden bürgerliche Politiker es sonst, Haiders Name auch nur in den Mund zu nehmen, hat Stoiber hier weniger Probleme. Vielleicht liegt dies auch daran, dass mit dem österreichischen Deutschnationalen Haider sich mancher Punkt zur Revidierung der Nachkriegsordnung auf europäischer Bühne ansprechen ließe, der sich eines deutschen Kanzler (noch) nicht verdient. Das Zusammenspiel bei der Erpressung der Tschechischen Republik, die Benes-Dekrete als „rechtsstaatswidrig“ zu

erklären und so ein Hintertürchen für die 5. Kolonne Hitlers, der von der CSU zum 4. „bayrischen“ Volksstamm erklärten Sudetendeutschen zu öffnen, dieses Zusammenspiel funktioniert jedenfalls bestens.

Der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU war jahrelang einladendes Gremium der mittlerweile zur Münchner Sicherheitskonferenz mutierten Veranstaltung von und für Militärs, „außenpolitische“ Experten und sonstige Interessenvertreter aller Art. Hier wird Tacheles geredet, auch Herr Stoiber tut dies. Hier bereits erhob er die Forderung, die Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen (siehe auch Kasten), und schlußfolgerte, das die BRD „... seinen Sicherheits- und Wehretat deutlich steigern ...“ muss. Diese Forderung wiederholte er auch vergangenen Freitag vor der Hanns-Seidel-Stiftung.

Es gibt wahrlich genug Gründe, Stoiber nicht zu wählen. Gönnen wir ihm die Ruhe der bayerischen Berge, anstatt ihn ins moderne Babel, nach Berlin zu schicken. RW

### Stoiber will Bundeswehreinsätze im Innern

Unions-Kandidat Edmund Stoiber fordert, dass künftig auch die Bundeswehr zur Verstärkung der Inneren Sicherheit eingesetzt werden soll. Er sagte der „Bild am Sonntag“, die Bundesrepublik müsse „künftig ergänzend zur Polizei“ auch die Bundeswehr im Inneren einsetzen – etwa zum Schutz von Flughäfen vor Anschlägen. So muss die Angst vor Attentaten dafür herhalten, dass das Grundgesetz geändert werden soll, wo dies aus gutem Grund ausgeschlossen wurde.

## SOZIALSTAAT A LA HUNDT

# Renten kürzen - Kündigungsschutz aushebeln

Der Präsident des BDA (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände), Hundt, hat massive Einschnitte bei der Rente gefordert.

„Das Rentenniveau muss schrittweise auf 60 bis 62 Prozent abgesenkt werden und die abschlagsfreie Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr angehoben werden,“ diktierte Hundt der „Bild am Sonntag“. Mit der Rentenreform (die berühmte Riester-Rente) sei zwar grundsätzlich der richtige Weg eingeschlagen worden (dass wir eine pri-

vate Zusatzversicherung abschließen müssen, um das Rentenniveau auch nur annähernd zu halten), „aber die Maßnahmen reichen nicht aus“.

Die nächste Bundesregierung müsse zudem das Arbeitsrecht flexibilisieren. So sei etwa eine Modernisierung des Kündigungsschutzes notwendig, der nur noch in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und bei Arbeitszeitverhältnissen von mehr als zwei Jahren Dauer gelten solle.

**AufDraht**

Herausgeber:  
DKP München und  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung  
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Renate Hennecke, Lothringer Str. 6,  
81667 München, Telefon 448 22 71  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Die DKP im Internet:  
[www.dkp-muenchen.de](http://www.dkp-muenchen.de)

### Angriff der Kapitalisten auf die Tariflöhne

Auf Anregung des VBME (Verein der bayerischen Metall- und Elektroindustrie) sind mehrere Mitgliedsunternehmen aus dem Unternehmerverband, der Tarifpartner der bayerischen IG Metall, ausgetreten, um keine Tariflöhne zahlen zu müssen. Im Bereich München sind dies die Spezialnähmaschinenfabrik Strobel und Söhne in Puchheim sowie die Firma Geissler in Gauting (98 Beschäftigte), deren Eigentümer sogar der stellvertretende Vorsitzende des VBME-Bezirk Oberbayern ist! In beiden Unternehmen haben sich die KollegInnen massiv gewehrt und sind massenhaft in die IG Metall eingetreten. Durch die große Aktivität und z.B. eine außerordentliche und sehr turbulente Betriebsversammlung am 19. Juni bei der Fa. Geissler konnte bei beiden Firmen die Tariflöhne gesichert werden!

Fortsetzung von Seite 1

### Fauler Kompromiß

Es steht nun mal keine 4 vor dem Komma! Und es sind nun mal keine 12 Monate Laufzeit, wie das auf allen Funktionärsversammlungen gefordert worden war. Wegen der Leermonate sind es nur 3,3 % und im nächsten Jahr 2,8 %.

22 Monate Laufzeit

Das ist der Hammer! Die Metaller wollten unbedingt eine Situation wie in 2001 vermeiden, als die Preissteigerungen die Lohnerhöhungen weg fraßen. Wir haben keine Möglichkeit, bei angeblich besser werdender Konjunktur wieder was raus zu holen. Schon jetzt decken die aktuellen Erhöhungen die gestiegenen Preise kaum. Das nützt keinem, wenn der Vorstand

die hohe Disziplin der Streikenden lobt, wenn diese dann verschaukelt werden. Das Ergebnis schaut fatal nach Chemieindustrie aus, wo ohne Streik 3,3 bzw. 3,6 Prozent zwischen Gewerkschaftsführung, Kanzler und Unternehmern ausgeklüngelt wurden. Sollte die kampfbereite Basis Dampf ablassen? Wollten die Zwickel und Huber ihr Gesicht nicht verlieren? Wie ist sonst zu erklären, dass selbst in endverarbeitenden Betrieben nicht länger als ein Tag gestreikt werden durfte.

Zorn bei den Kollegen

Kollegen der A-Schicht in Halle 4 des DaimlerChrysler-Werks in Bremen schickten an *direkt*, die Funktionärszeitung der IG Metall, folgenden Leserbrief:

„... die Kollegen hätten alles dafür getan, um zu zeigen, was im Werk Bremen steckt ... Dann, über Nacht, hieß es: Ba-

### Einstieg in ERA

10 Jahre wurde darüber verhandelt, dass Arbeiter und Angestellte endlich gleich gestellt werden. Funktionäre raufen nun die Haare über die Auslegung des Entgeltrahmenabkommens (ERA). Jedenfalls werden die so genannten ERA-Komponenten von 0,9 Prozent und 0,5 Prozent im Juli 2003 bzw. im September 2004 pauschal ausgezahlt. Sie gehen aber nicht ein in die Tabellen für die Zukunft. Vielmehr wird in kommenden Tarifrunden mit weiteren Komponenten ein virtuelles Konto gefüllt, aus dem dann der ERA gespeist werden soll. Voraussetzung ist, dass IG Metall und Unternehmer die Einführung bis 2007 vereinbaren.

Gänzlich unverständlich ist, warum die Eingruppierungen nicht veröffentlicht werden, die ja schon in den Schubladen von IG Metall und Unternehmerverband liegen. Die Kollegen wollen wissen, was auf sie zu kommt!

den-Württemberg und Berlin-Brandenburg werden Streikgebiet. Wir waren darüber sauer ... Und dann ... diese riesige Enttäuschung, diese Blamage für die Herren Zwickel und Co. Es ist eine Schande, so ein Ergebnis zu befürworten ... Schreibt Briefe, sammelt Unterschriften, macht irgend etwas, damit die IG Metall wieder das wird, was sie einst war: stark und kampfbereit.“ *krrn*

### Telekom-Streik

Die Warnstreiks bei der Telekom sind zu Ende. Zum 1. Juli 2002 werden die Entgelte der Arbeitnehmer und Auszubildenden um 3,1 Prozent angehoben. Gleichzeitig wird das Budget Leistungsentgelt um 1 Prozent auf nunmehr 7 Prozent angehoben. Es wird eine so genannte „Vermittlungs- und Qualifizierungseinheit“ gegründet, die für von Rationalisierung betroffene Kollegen eine zumutbare, gleichwertige Anschlussbeschäftigung organisieren soll. Ob damit der erkämpfte Rationalisierungsschutz über den 31. Dezember 2004 hinaus gewahrt bleibt,

### Streiknachrichten

bleibt abzuwarten. Erst mal haben tausende von Kolleginnen und Kollegen durch ihre Proteste Schlimmeres verhütet.

#### IG BAU: Erster Streik nach 50 Jahren!

99 Prozent der organisierten Kollegen am Bau hatten für Streik gestimmt. Schon bei den Warnstreiks sind die ausländischen Kollegen solidarisch mitgegangen. Die so genannten Billiglöhner waren nicht als Streikbrecher zu haben! So haben in München die polni-

schen Kollegen mitgestreikt. 40 Tausend Bauarbeiter täglich ließen bundesweit Kelle und Kran liegen und stehen, um für ihre Forderung von 4,5 Prozent einzutreten.

Die Bauunternehmer hatten zuletzt 3 Prozent angeboten. Der plötzliche Abschluss erinnert an Metall – die Streikfront war im Wachsen. Nach 5 Leermonaten werden nun 3,3 Prozent gezahlt, im nächsten Jahr 3,2 Prozent. Es gibt drei Pauschalzahlungen zu je 75 Euro. Was gut ist: Der Mindestlohn der Kollegen im Osten wird um 1,5 Prozent angehoben.



Zu Tausenden beteiligten sich die Kollegen an den Streiks in der Metallindustrie. Doch der Kampf geht weiter – nun gegen die Tariffucht der Unternehmer.

## Kurz & bündig

### Absahner

Beim Ausscheiden haben die ABB-Konzernchefs Barnevic und Lindahl 195 bzw. 112 Mio. D-Mark kassiert. Gleichzeitig wurde den Beschäftigten ein Sparprogramm verordnet. Die Schweizer Mittelland-Zeitung dazu: „Die Wirtschaft wird von eindimensionalen Geldsäcken kontrolliert.“

### Wacker wird AG!

Der Baumaschinenhersteller mit Stammhaus in Milbertshofen wird Aktiengesellschaft. Gleichzeitig wird der Belegschaft die Tarifbindung zugesichert. Die Bosse wissen schon warum. Dass ihre Bude 1995 Streikbetrieb war, haben sie nicht vergessen. Zwei von drei Standorten würden wohl ziemlich unruhig werden bei Verlust des IG Metall-Tarifs.

### Sozialplan bei Bogner

80 Kolleginnen und Kollegen werden von der Firma Bogner auf die Straße gesetzt. Der Garching Sportausrüster und Hollywoodfilmer kann über Umsatz bei seiner kaufkräftigen Kundschaft nicht klagen. Aber weil der Profit nicht stimmt, muss ein Personalchnitt her.

### Infineon schwimmt in Geld

Der Bauteilehersteller und Siemensableger will die Mikroelektroniksparte der schwedischen Ericsson für 250 Mill. Euro kaufen. In dem Bereich werden Chips für Telefonnetze und Mobiltelefone gefertigt.

### Siemens-Töchter bauen weiter ab

I&S (die früheren Zweigniederlassungen) will 1.300 Beschäftigte mittels Fluktuation und ATZ loswerden. Bei ICN (Netze) werden die geplanten Abbauzahlen durch Aufhebungsverträge und Eigenkündigungen nicht erreicht. Auf der Tagesordnung stehen nun Sozialplan, Kündigungen und sogenannte intelligente Tarifmodelle, d.h. weiterer Abbau des Besitzstandes. FSC (PC-Sparte) gibt ein Beispiel: 4 bis 6 Tage Urlaubsverzicht verlangt das Management, sonst wird gekündigt. Die IG Metall verhandelt in allen Bereichen.

### Lekkerland: Streik!

Die Beschäftigten des Lebensmittelvertriebs in Allershausen standen vorm Tor, um die Forderungen von ver.di zu unterstützen: 125 Euro mehr, Laufzeit 12 Monate! Die Unternehmer bieten 2,3 Prozent bzw. 2,5 Prozent für dieses und nächstes Jahr.

### Managers Nachtgebet

Michael Bommers, Geschäftsführer der Löwenenf GmbH, ist Herausgeber eines Gebetbuchs für Manager. Ein stärkerer Dialog der Führungskräfte mit Gott solle anregt, die „christlichen Tugenden in den Firmen“ gefördert werden. Man darf dem Büchlein Erfolg wünschen. Nehmen sich die nach dem Dialog geläuterten Manager ihre 6 Millionen Erwerbslosen zu Herzen, müssen sich die Klöster nun füllen und die Chefetagen leeren.

## STADTWERKE MÜNCHEN GMBH:

# Visionen und Visionäre

Seit 1999 sind die Stadtwerke nun schon liberalisiert, eine GmbH, aber für die MünchnerInnen hat sich sichtbar kaum etwas verändert. Sicher die SWM nutzen heute großzügig die Werbeflächen der Stadtreklame, streuen Werbespots in den öffentlichen Medien und die Verkehrsbetriebe firmieren nun als Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), tauschten Namen und Farben aus. Doch Tram, Bus und U-Bahn fahren weiterhin meist pünktlich, Wasser fließt aus den Hähnen, Strom, Gas und die Fernwärme stehen weiterhin als Energieträger zuverlässig zur Verfügung. Nur die, vor der Marktliberalisierung versprochene, und von Otto Normalverbraucher erhoffte Reduzierung der Preise fiel weitgehend aus. Mit einer Ausnahme, die Sondervertragskunden konnten aufgrund ihrer Stellung und Abnahmemenge Preisabschläge bis zu 30 Prozent aushandeln. Andere sagen auch erpressen! Niedrigere Energiekosten für die Großabnehmer bezahlt selbstverständlich der normale Tarifkunde mit. Aber auch das ist nichts Neues. Was also hat die Liberalisierung der Energiemärkte gebracht und wem hat sie genützt und nützt sie immer noch?

Der sogenannte Wettbewerb im Energiesektor und wohl bald im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kennt eigentlich nur wenige Gewinner und viele Verlierer!

### Gewinner – Die Energiemonopole

Die Gewinner sind eindeutig die früher schon großen Regionalversorger wie RWE-VEW, Preussen-Elektra und Bayernwerk (E.ON), EnBW-EdF und HEW-Vattenfall. Diese Vier teilen mittlerweile den deutschen Energiemarkt weitgehend unter sich auf und mischen auch schon kräftig auf dem europäischen, bzw. globalen Energiemarkt mit! Das war und ist politisch so gewollt. Die „Liberalisierung“ dient nur als Feigenblatt und zur Verschleierung der wahren Gründe. Ein Grund: die Reduzierung der Energiekosten für das Industriekapital ist ein Standortvorteil, senkt die Produktionskosten und erhöht die Profite. Der entscheidende Grund aber und Leitmotiv der Neoliberalen: die im Energiemarkt möglichen Profite privatisieren. Deshalb diese „Reform“! Die kommu-

nalen Energieversorger vom Markt drängen und wenn das nicht sofort gelingt, Anteile an den Stadtwerken übernehmen und Allianzen bilden. Bei der bekannten Finanznot der Kommunen keine allzu schwere Aufgabe. Viele Stadtwerke sind schon teil- bzw. voll privatisiert. Wer gibt unseren „Volksvertretern“ eigentlich das Recht kommunales Eigentum zu verhöckern? Wäre es umgekehrt und würde der Stadtkämmerer zur Sanierung der maroden Kassen etwa E.ON enteignen, ist das Sozialismus und CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne würden gemeinsam aufjaulen! Naja, nur eine Vision, aber keine schlechte.

### Verlierer – Beschäftigte, Kommunen und Kleinverbraucher

Die Verlierer sind immer die Gleichen. Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten, sie sind auf günstige kommunale Dienstleistungen nicht unbedingt angewiesen, nehmen aber alles gerne mit. Man ist schließlich auch Bürger und zahlt, wenn es sich nicht vermeiden lässt, brav seine Steuern und Abgaben. Wenn auch ungern, wie alle anderen auch! Doch der Lebensstandard von Otto Normalverbraucher hängt oft entscheidend von niedrigen Gebühren für Abwasser und Müll und günstigen Preisen für Energie, Wasser und Nahverkehr ab. Jede nicht eingeplante Nachzahlung für Gas, Wasser, Strom und Fernwärme, jede Preiserhöhung im Nahverkehr reißt ein Loch in das ohnehin nicht prall gefüllte Portemonnaie. Über die Lohn- und Gehaltserhöhungen der letzten Jahre brauchen wir nicht reden, da war kein Anlass zum Jubeln. Auch der Münchner Stadtkämmerer kann nur noch seufzen, die Steuereinnahmen sind rückläufig und es sieht nicht so aus, als würde sich das bald ändern. BMW und die Allianz etwa zahlen überhaupt keine Steuern mehr, infolge der unsozialen Steuerreform und ganz legalen Steuervermeidungstricks

## AufDrähl-Quiz

„Guter Fußball ist links!“  
Von wem stammt dieser Spruch?

- A: Günter Netzer
- B: Gerhard Schröder
- C: Cesar Luis Menotti
- D: Paul Breitner

Auflösung auf Seite 6



Dies sind die unterbezahlten Visionäre: Dr. Mühlhäuser, Sprecher der Geschäftsführung; Büttner, Personal & Soziales; König von den Verkehrsbetrieben und Ihnken, Versorgung.

KollegInnen diese Hausnummer, im Oktober 2002 läuft der Lohn- und Gehaltsvertrag aus! Darf es ein bisschen mehr sein? Aber hallo! Für 20 Prozent sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau 20 Prozent mehr Gehalt, das möchte schon sein. „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr“ auch eine Einstellung. 3 Tage nach einer Betriebsversammlung konnten die KollegInnen diese 20 Prozent - Meldung der Presse entnehmen. Im Pschorrkeller sprach Mühlhäuser noch von voller Information der Belegschaft und warb um Vertrauen für und in die Geschäftsführung. Anlass: eine wissenschaftlich begleitete Mitarbeiterbefragung, die katastrophale Werte für Motivation, Mitarbeiterzufriedenheit, soziale und fachliche Kompetenz der Vorgesetzten sowie Zusammenarbeit innerhalb der Unternehmensbereiche zu Tage förderte. Man schlug sich öffentlich an die Brust und versprach Besserung. Die Forderung von 20 Prozent Gehaltserhöhung waren anscheinend keine so wichtige Information. Of-

Fortsetzung auf Seite 6

(Verlustvortrag, Abschreibungen etc.). Die Kommune muss sparen. Die jetzt vorgelegte Steichliste der Referate für den nächsten Stadthaushalt wird lang und länger. Und die Prognosen sind düster. Ein Ende der Grausamkeiten oder Licht im Tunnel sieht noch keiner. Selbst Berufsoptimisten wie die 5 Wirtschaftsweisen wissen nur einen Rat, runter mit den Kosten. Koste es, was es wolle, selbst das letzte kommunale Hemd! Und da kommt die SWM GmbH wieder ins Spiel.

#### 20 Prozent mehr

Noch sind die Stadtwerke zu 100 Prozent kommunales Eigentum der Landeshauptstadt und Herr Dr. Christian Ude in seiner Eigenschaft als gewählter Oberbürgermeister Aufsichtsratsvorsitzender der GmbH. Die Stadtwerke München sind fast schon ein Unikum in Deutschland, zumindest in dieser Größenordnung als städtischer Betrieb. Keiner weiß, wie lange dies so bleibt! Vielleicht braucht der Kämmerer bald Bares? Das hat wohl auch die Geschäftsführung bewogen dem Aufsichtsrat vorzuschlagen, die Geschäftsführer besser zu entlohnen. Nach einem Vergleich auf dem Markt für Vorstandsmitglieder (neudeutsch Benchmarks), ob fähig oder unfähig angesichts der sich häufenden Pleiten – Philipp Holzmann, Babcock-Borsig, Kirch-Media, Maxhütte, Fairchild-Dornier usw., soll der werthe Leser selbst entscheiden, verdienen sie zu wenig. 20 Prozent mehr sollten es schon sein. Angeblich meint das auch der Oberbürgermeister. Das ist ein Wort. Hoffentlich merken sich die

#### Flugblatt von ver.di zu den Gehaltsforderungen der Bosse

ver di  
Bezirk München

02.07.2002

# 20 %

Wie heute der Presse zu entnehmen war, fordern die Geschäftsführer der SWM GmbH eine Erhöhung ihrer Bezüge um satte 20 %. Und das in Zeiten, in denen die sozialen Leistungen nach Personalüberleitungstarifvertrag in Frage gestellt werden, der Rationalisierungsdruck auf die Beschäftigten permanent steigt und ohne Unterlass über die „zu hohen“ Lohnkosten lamentiert wird, mit denen man im Wettbewerb nicht bestehen könne.

Wo immer man hinhört, wird uns von Arbeitgeberseite gesagt, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen, dass sich die Gehaltsforderung aus der Chefetage sanieren müsse. Und jetzt diese Gehaltsforderung aus der Chefetage.

In einer Zeit, in der die Landeshauptstadt München sogar darüber nachdenkt, Toiletten zu schließen um Geld zu sparen, ist es nicht nur taktlos, solche Forderungen zu stellen. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitnehmer der SWM und der Bürger dieser Stadt.

**Die ver.di – Mitglieder im Aufsichtsrat werden dem nicht zustimmen !**

**Wir fordern die Geschäftsführung der SWM dringend auf, sich zu mäßigen !**

Oder sollten die bisher auf Kosten der Arbeitnehmern erzielten Einsparungen nur dazu dienen, sie selber satt zu machen ?

V.i.S.d.P.: Heinrich Birner, ver.di Bezirk München Bayerstr. 69 80335 München

Fortsetzung von Seite 5

## Visionen und Visionäre

fenbar wollte man keine Begehrlichkeiten, vielleicht sogar Sozialneid wecken! Fürsorglich gedacht.

### Feiern und andere Gemeinheiten

Ähnliches Anfang Juni, ein lauer Freitagnachmittag, die Geschäftsführung lädt die Belegschaft zur Einweihungsfeier der neuen SWM-Zentrale. Selbstverständlich außerhalb der Arbeitszeit, die Arbeitskraft der Kolleginnen und Kollegen ist viel zu wichtig und überhaupt, keine Präzedenzfälle schaffen. Die offizielle Einweihung im März 2002 mit allen Honoratioren fand natürlich während der

Arbeitszeit statt, ein Unterschied, klein aber fein. Oder ist die Arbeitskraft unserer Führungskräfte nicht gar so wichtig? Die Führungsriege feierte und tanzte am 7.6. kräftig mit, bewiesen soziale Kompetenz und Teamfähigkeit! Doch in der darauffolgenden Woche kam der Tiefschlag! Am Mittwoch den 5.6., 2 Tage vor der großen Feier, stellt die Geschäftsführung ganz nebenbei im Stadtrat den Antrag den Personalüberleitungstarifvertrag aufzukündigen. Angeblich zur Angleichung der Sozialleistungen in Unternehmen! Da war aber schon durchgesickert, dass genau diese Leistungen in einem Kostensenkungsprogramm der Geschäftsführung oberste Priorität haben. Ver.di und die Betriebsratsvorsitzenden reagierten nach Bekanntwerden dieses Antrags schnell, protestierten bei den gewerkschaftlich organisierten Stadträten und so verschwand diese Beschlussvorlage in letzter Minute von der Tagesordnung des zuständigen Ausschusses. Die KollegInnen erfuhren davon erst später, sonst wäre die schöne Feier evtl. ins Wasser gefallen oder nicht ganz so entspannt über die Bühne gegangen! Doch ein Nachfolgeantrag der Geschäftsführung steht schon an. Ein Schurke, wer Böses dabei denkt!

### Der Unternehmer trägt das Risiko...

Um den Stadtwerken das Überleben zu sichern, hilft nur Wachstum. Nein nicht der Belegschaft. Die wurde und wird weiter verringert. Kosten senken um Arbeitsplätze zu retten. Mit diesem Rezept sind schon andere auf die Schnauze gefallen. Doch kaum einem Manager fällt etwas anderes ein. Unseren schon. Unsere Geschäftsführer haben Visionen. Sie wollen expandie-

ren, über die Stadtgrenzen hinaus wachsen. Falls die E.ON die Ministererlaubnis für eine Übernahme der Ruhrgas erhält, das scheint so gut wie sicher, will ein Konsortium von Stadtwerken in Verbindung mit einer Investmentbank den dann evtl. zum Verkauf anstehenden Energieversorger Thüga, Tochter von E.ON, übernehmen. Eine Größenordnung von ca. 4 - 6 Mrd. Euro, laut SZ. Das Geschäft kommt

aber nur zustande wenn es sich rechnet, meinte Dr. Mühlhäuser auf der Betriebsversammlung, nachdem Kollegen Zweifel an dieser Weichenstellung äußerten. Angeblich kein Geld für leistungsgerechte Entlohnung vorhanden, (der Kostendruck!), aber Millionen für Visionen. O-Ton Dr. Mühlhäuser: Keine Abenteuer, aber die

Führungsrolle übernehmen natürlich die SWM, denn deutschlandweit sind wir die Besten.

### ... und die Arbeiter und Angestellten die Folgen

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, dachte wohl mancher, der das Chaos der Umorganisation der letzten 3 Jahre durchlitten hat. Kaum steht die neue Struktur, wird wieder umorganisiert, etwa bei Planung und Bau, dem Vertrieb, Mess- und Abrechnungsservice sowie bei Personal und Soziales. Das Ganze dann in Potenz, denn die Thüga besitzt über 100 Beteiligungen. Da bricht höchstwahrscheinlich das organisierte Chaos aus. Die Geschäftsführung wird es schon richten und die KollegInnen dürfen es wieder ausbaden. Auch die Verbraucher werden es merken. Die letzte Umstellung in der EDV führte zu überhöhten, verspäteten Rechnungen sowie glühenden Telefondrähten in der Verbrauchsabrechnung. Der Weisheit letzter Schluss, ein externes Callcenter als Rettungsanker, sowie tausende Überstunden. Die Sachbearbeiter sind begeistert und voll motiviert!

### Visionen - mal anders!

Die Energieversorgung darf nicht dem privaten Profitstreben unterliegen, wäre eine! Gemeinsam und grenzüberschreitend mit den Gewerkschaften und Kleinverbrauchern die Liberalisierung im Energie-, Wasser- und Verkehrsbereich bekämpfen und wenn möglich rückgängig machen, eine andere! Bloß, bis wir soweit sind, wird wohl noch eine Menge Wasser die Isar herunter fließen. Doch wer weiß, unverhofft kommt oft, auch wenn wir das selber organisieren müssen! *Adele*

### Letzte Meldung:

E.ON darf die Ruhrgas nun schlucken, doch die Auflage die Thüga abzugeben, steht nicht in der Ministererlaubnis. Diese Übernahme bringt neue Unsicherheiten im Energiesektor und die Arbeitsplätze werden dadurch nicht sicherer. Im Gegenteil! E.ON wird früher oder später seine neue Marktstärke ausspielen. RWE und Konsorten werden nicht schlafen und zu kontern versuchen. Das Monopolykarussell dreht sich weiter. Dr. Mühlhäuser braucht jetzt ganz schnell neue Visionen und die KollegInnen einen langen Atem!

### Veranstaltungshinweise

## Die PDS und die Bundestagswahlen

Veranstaltung des Betriebsaktivs der DKP München mit **Manfred Potschka**  
Mittwoch

**24. Juli 19.30 Uhr**

## Vor der Bundestagswahl

Öffentlicher Gruppenabend der DKP-Betriebsgruppe Siemens  
Mittwoch

**24. Juli 17.00 Uhr**

## Offener Treff der SDAJ

Freitag

**26. Juli 19.00 Uhr**

KommTreff  
Lothringer Str. 6, 81667 München

## AufDrähl-Quiz

### Auflösung:

A: Europameister 1972, WM-Kommentator. „Alle berühmten Linksfüßler wie Puskas haben mit einem Fuß mehr gemacht als andere mit zwei“. Kritisiert den deutschen Fußball, fährt aber Ferrari. Falsch.

B: Angeblich Fußballkenner, ist aber nicht links. Falsch

C: Argentiniers Trainer und Weltmeister 1978. Er stellte Intelligenz, Fantasie, Spielfreude den „rechten“ Fußballtugenden wie Fleiß, Ordnung, Disziplin gegenüber. Statistiken besagen, dass an die 50 Prozent der Tore im Profifußball nicht mehr erspielt werden, sondern aus Standardsituationen fallen. Richtig

D: Es wurde verbreitet, dass in seiner Studentenbude ein Poster von Mao Tse Tung hing. Trotzdem falsch.

## Serie zur Gesundheitsreform

# Gesundheit für alle – nicht nur für Reiche!

In den letzten Nummern der „Auf Draht“ haben wir dargelegt, dass es im Gesundheitswesen keine „Kostenexplosion“, aber sinkende Einnahmen durch die hohe Arbeitslosigkeit und die geringen Lohnzuwächse gibt. Dadurch stiegen die Beitragsätze von 1975 bis 2000 um 38 Prozent.

Was ist zu tun?

Allein weiter mehr Geld ins System zu pumpen – natürlich von uns – nützt nichts, bzw. allein den Versicherungen, Krankenhausketten, der Pharmaindustrie usw. Es darf keine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen geben, was für uns eine private Zusatzversicherung, also deutliche Mehrkosten, zur Folge hätte. Eine sog. „Selbstbeteiligung“ der Versicherten bei „kleineren Unfällen“ (bis 4.250 Euro!), wie es Ärztfunktionäre fordern, würde viele Menschen in den Ruin treiben.

**Zur finanziellen Sicherung des Gesundheitssystems ist nötig:**

- die Profite der Pharmaindustrie durch Preisobergrenzen und eine Positivliste von Medikamenten, die nachweisbar wirksam und nicht schädlich sind, zu beschneiden,
- die überhöhten Preise in der Medizintechnik (es gibt zu viele Großgeräte und überflüssige Einsätze) zu begrenzen,
- die Versicherungspflicht auf alle Er-

werbstätigen, d.h. vor allem auf die Selbständigen und Beamten auszuweiten,

● hohe Gewinn- und Vermögenseinkommen in die Beitragspflicht einzubeziehen, wie es z.B. in der Schweiz der Fall ist.

**Vor allem aber müssen die relativ hohen finanziellen Mittel effektiver eingesetzt werden, denn im internationalen Vergleich schneidet die BRD nur mittelmäßig ab.**

Dazu ist z.B. nötig:

1. Eine Ausweitung von Gesundheitsförderung und Prävention: Die Verhinderung von Krankheit ist sowohl humaner als auch preiswerter wie die Behandlung von Krankheit. Für Muskel-Skelett-Erkrankungen sind 1998 insgesamt 21,75 Mrd. Euro aufgewendet worden, eine vorbeugende Rückenschule kostet lediglich durchschnittlich pro Person 65 bis 75 Euro. Ein Viertel der chronischen Erkrankungen wären bei besserer Vorsorge vermeidbar. Noch wichtiger wäre der Abbau von Stress

und zu großer Belastung in den Betrieben, denn krank machende Arbeitsplätze kosten nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz im Jahr ca 25 Mrd. Euro.

2. Teure technische Großgeräte sollen in Gruppenpraxen, Gesundheitszentren oder Polikliniken gemeinsam von mehreren Ärzten genutzt werden. Außerdem muss in Krankenhäusern eine ambulante Versorgung ermöglicht werden. Dann gäbe es nicht so viele überflüssige Untersuchungen (jede 3. Röntgenaufnahme dient bloß der Auslastung der Apparate). Die Behandlung durch niedergelassene Ärzte und Krankenhäusern muss besser miteinander verzahnt werden.

Unser Gesundheitssystem ist nicht am Bedarf der Patienten, sondern an den Profitinteressen der Industrie, der Versicherungen und der Krankenhauskonzerne orientiert. Die DDR hat bei vergleichbaren Resultaten für ihr Gesundheitswesen nur ein Viertel der Kosten benötigt. Wie viel wir im Kapitalismus durchsetzen können, ob uns allen unabhängig vom Einkommen der Zugang zu notwendigen, qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen ermöglicht wird, hängt von uns ab bzw. von unserer Kampfkraft.

Denn nur wir haben daran Interesse. Und das heißt, das wir uns darum selber kümmern müssen. Egal welche Regierung gewählt wird! Halten wir zusammen gegen das System von Profit und Macht im Gesundheitswesen! Unterstützen wir die Kampagne von ver.di und IG Metall für ein besseres Gesundheitswesen. *gwendolin*

Im Rahmen der ver.di-Gesundheitskampagne fand in München die Abschlussveranstaltung der bundesweiten Aktionswoche statt. Im (trotz des Fußballspiels Deutschland-USA) mit über 600 Teilnehmern „ausverkauften“ Pschorr-Keller forderten die Gewerkschaftsvertreter „Gesundheit für alle statt einer Zwei-Klassen-Medizin“. „Hilfe beim Arzt oder im Krankenhaus darf nicht zum Luxus werden, den sich nur noch Reiche leisten können“, so Josef Falbisoner, ver.di-Landesbezirksleiter, in seiner Eröffnungsrede. „Wir brauchen eine Reform, die stabile Beiträge, aber auch eine optimale Gesundheitsversorgung für alle sichert.“ Nach der Eröffnung durch Josef Falbisoner folgte eine Podiumsdiskussion.

Teilnehmer waren Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorsitzender, Dr. Maximilian Gaßner vom Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender Bayern und Klaus Kirschner, MdB/SPD. Moderiert wurde die Diskussion von Birgit Harprath, freie Journalistin. Im Anschluß daran hielt Frank Bsirske die Abschlussrede. Bsirske sprach von einer grundlegenden „Richtungsentscheidung“, die anstehe und die tief in das Leben der Menschen in Deutschland eingreife. Die Gesundheitsreform sei „ei-



## Gegen die Zwei-Klassen-Medizin!

nes der bestimmenden Themen des Bundestagswahlkampfes“ und „eines der zentralen Projekte der nächsten Legislaturperiode“. Wahltarife seien in Wahrheit nichts als Zuzahlungen, so Bsirske.

Das sei eine Politik auf dem Rücken der Versicherten, die gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerichtet sei. „Eine solche Politik lehnen wir ab“, so Bsirske.

Die zentrale Stärke unseres Gesundheitssystems sei das Solidaritätsprinzip; die Gesundheit des Menschen dürfe auch in Zukunft nicht von seinem Einkommen abhängig sein. Bsirske zählte die Vorschläge von ver.di zur Verbesserung auf: Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention. Integration von ambulanter und stationärer Versorgung. Einführung von Qualitätsstandards bei ärztlichen Behandlungen und im Arzneimittelsektor. Einführung einer Positivliste für Medikamente. Beschleunigte Einführung eines auch krankheitsbezogenen Risikostrukturausgleichs (RSA).

ver.di fordert gerechtes Gesundheitssystem für die Kassen. Transparenz und umfassende Information von Patienten. Das Gesundheitssystem benötige eine Kostensteuerung über Qualität und nicht über Qualitätsverzicht, sagte Bsirske. Ver.di sei bereit, „das Solidarprinzip ohne Wenn und Aber zu verteidigen“. Die Versicherten für die Interessen von Ärztenverbänden und Pharmaindustrie zur Kasse zu bitten, sei ein Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer. „Wer diese Politik zum Programm erhebt, wie die Herren Möllemann, Stoiber, Westerwelle und Merz, dem geben wir ein deutliches Signal: Wir mischen uns ein!“, betonte Bsirske.

# Fest

## **der Solidarität**

**Samstag, 20. Juli '02**

**12.<sup>00</sup> bis 20.<sup>00</sup> Uhr, Rotkreuzplatz**

bei Regen eine Woche später, am Samstag, 27. Juli

IMAGINES-LATINAS

FLASHBACK  
Rockoldies

und CETIN, Liedermacher  
aus der Türkei

**Linker Infomarkt  
Antiquariat, Flohmarkt**



**Veranstalter:** Münchner Bündnis gegen Rassismus  
Deutsche Kommunistische Partei – DKP ● Netzwerk München e.V.  
Partei des demokratischen Sozialismus – PDS ● MED-Kulturhaus  
Freundschaftsgesellschaft BRD–Cuba ● Deutscher Freidenkerverband  
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen  
Palästinensischer Studentenverein ● res publica (Menschenrechte)  
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – SDAJ